

**Sitzungsvorlage Nr. 0228/2006**

<b>Ausschuss für Schule, Bildung, Kultur und Sport</b>	<b>13.12.2006</b>	<b>TOP: 1</b>	<b>öffentlich</b>
--	-------------------	---------------	-------------------

<b>Zuständige Facheinheit:</b> 40 - Fachbereich Schule, Bildung, Kultur und Sport	<b>Berichterstatter:</b> KVD Bernhard Grote
--	--

**Beratungsgegenstand:**

Bildungsstudie für den Kreis Borken

- Teil 1: Übergänge von der Schule zum Arbeitsmarkt - Bildungsgänge am Berufskolleg
- Teil 2: Vorschulische Bildung und Übergang in die Grundschule

**Beschlussvorschlag:**

Der Ausschuss stimmt den in der Sachdarstellung zum Teil 1 der Bildungsstudie beschriebenen Handlungsansätzen und dem vorgeschlagenen Verfahren zu. Dem Ausschuss wird fortlaufend über die Umsetzung berichtet.

**Rechtsgrundlage:**

## Sachdarstellung:

### **Bildungsstudie Teil 1: „Übergänge von der Schule zum Arbeitsmarkt – Bildungsgänge am Berufskolleg“**

In der Ausschusssitzung am 27.09.2006 hat Frau Dr. Hovestadt – EDU-CON – über die Ergebnisse der Untersuchung der „Übergänge von der Schule zum Arbeitsmarkt – Bildungsgänge am Berufskolleg“ berichtet. Aus der sich daran anschließenden Diskussion wurde vereinbart die Ergebnisse zunächst zu analysieren, bevor konkrete Maßnahmen vorgeschlagen werden können.

Aus den Befunden der Untersuchung und den bereits von Frau Dr. Hovestadt angedeuteten Ansätzen sind inzwischen die nachfolgenden Interventionsansätze herausgefiltert worden, die sich insbesondere vor dem Hintergrund der Realisierungsmöglichkeiten anbieten.

### **Interventionsansätze**

Die Interventionsansätze, die sich aus den Ergebnissen der Untersuchung des Institutes EDU-CON ergeben, lassen sich als ein Paket von möglichen Ansätzen darstellen. Es ist Überzeugung, dass es bei den möglichen Umsetzungen keinen Königsweg geben kann, sondern die einzelnen Elemente vor dem Hintergrund der regionalen Umsetzbarkeit im regionalen Konsens ausgewählt, präzisiert und umgesetzt werden müssen.

Für die Ausgestaltung der Ansätze ist es notwendig, realistische und messbare Ziele zu formulieren, die handlungsleitend für die Umsetzung sind. Aufgrund dieser Ziele ist es möglich, während der Umsetzung der ausgewählten Maßnahmen die Zielerreichung steuern zu können.

Vor dem Hintergrund der aktuell bereits statt findenden Maßnahmen ist die Gesprächsrunde zur Ausbildungsplatzsituation im Kreis Borken das geeignete Gremium, um die Funktion der Zielformulierung und die Umsetzungsbegleitung übernehmen zu können. Vertreter der Arbeitsagentur, der IHK, der Kreishandwerkerschaft, der Berufskollegs sowie der Kreisverwaltung sind in diesem Gremium beteiligt. Bereits bestehende Projekte, wie die Initiative „Ich bilde aus im Kreis Borken“, werden hierdurch bei der Ausgestaltung der Planungen berücksichtigt und gegebenenfalls integriert.

Aus den bisherigen Ergebnissen der Bildungsstudie lassen sich folgende Handlungsfelder bestimmen:

- A. Erweiterung des Ausbildungsplatzangebotes
- B. Förderung von Alternativen zur dualen Berufsausbildung
- C. Bessere Nutzung der vorhandenen Angebote
- D. Verminderung von Warteschleifen
- E. Verbesserung der Ausbildungsreife der Jugendlichen

#### **A Ausbildungsangebot erweitern**

- ▶ Betriebliche Ausbildungen vermehren

Die Anzahl der betrieblichen Ausbildungsplätze muss an die demographische Entwicklung angepasst werden. Im Jahr 2009 wird im Kreis Borken der Höchststand der Schulabgänger erreicht sein, d.h. es muss zu einer Ausweitung der Ausbildungsplätze kommen. Ziel ist es, dass nach Erreichen des Höchststandes der Schulabgängerzahlen das dann vorhandene Angebot an

Ausbildungsplätzen möglichst gehalten wird, um die Wahlmöglichkeiten der SchulabgängerInnen zu erhöhen. Die bereits bestehenden regionalen Initiativen werden über die Gesprächsrunde zur Ausbildungsplatzsituation in den Prozess eingebunden und stimmen das Vorgehen miteinander ab.

Die Möglichkeiten der Berufskollegs zur Schaffung attraktiver schulischer Angebotsformen im Rahmen der dualen Berufsausbildung werden aktiv in die Gewinnung von zusätzlichen Ausbildungsplätzen einbezogen. Moderne, an den betrieblichen Belangen ausgerichtete schulische Formen wie die Ganztagsberufsschule sowie Angebote in Kurssystemen, werden weiterentwickelt bzw. als Information für Unternehmen aufbereitet. Die Ausbildungsplatzentwickler der Kammern werden so bei ihrer Tätigkeit unterstützt.

► **Instrumente aus dem Ausbildungskonsens**

Zur Förderung der dualen Berufsausbildung können Instrumente und Maßnahmen des Ausbildungskonsens NRW genutzt werden, um die Unternehmen zur Bereitstellung von zusätzlichen bzw. neuen Ausbildungsplätzen zu bewegen. Wichtige Stichworte sind in diesem Zusammenhang z.B. Verbundausbildung, Betrieb und Schule (BUS), partnerschaftliche Ausbildung oder externes Ausbildungsmanagement. Bereits vorhandene Ansätze und Umsetzungen in der Region werden aufgearbeitet um im Sinne von „Tue Gutes und rede darüber“ zur Gewinnung von weiteren Unternehmen bei zu tragen. Mögliche Fördermittel des Landes bzw. Bundes für den Einsatz der Instrumente werden durch ein koordiniertes und abgestimmtes Vorgehen in die Region geholt. Die Unternehmen werden soweit wie möglich in diesem Prozess unterstützt.

► **Umgang mit Ausbildungsabbrüchen**

Die vorhandenen Ansätze zur Vermeidung von Ausbildungsplatzabbrüchen, z.B. das Projekt „AusbildungsPatenschaften“ werden in der Umsetzung aktiv unterstützt und weiterentwickelt. Mit den beteiligten Akteuren werden weitergehende Handlungsansätze entwickelt und umgesetzt.

In Abstimmung mit den zuständigen Kammern wird nach einem System geschaut, um durch Ausbildungsabbrüche frei werdende Stellen zeitnah wieder zu besetzen. Ziel ist es, den Ausbildungsplatz zu erhalten und das Ausbildungsunternehmen ggf. mit zusätzlichen Maßnahmen und Hilfen bei der Ausbildung zu unterstützen.

► **Der „3. Weg der Berufsausbildung“**

Die Region unterstützt die konsequente Umsetzung der vom Land geförderten zusätzlichen Maßnahmen bei den beteiligten Unternehmen und Bildungsträgern. Zu nennen sind hier der 3. Weg bzw. auch das Sonderprogramm „Ausbildung 2006“. Es ist zu klären, in welchem Rahmen Unterstützungsmöglichkeiten bei der Gewinnung von notwendigen Praktika- bzw. Ausbildungsstellen für die Umsetzung der Programme gegeben werden können.

**B Förderung von Alternativen zur dualen Berufsausbildung**

► **Ausweitung dualer Studiengänge**

Sogenannte ausbildungsintegrierte duale Studiengänge kombinieren eine Ausbildung im Betrieb mit einem Studium an einer Hochschule oder Akademie. Damit wird die Theorie mit der Praxis verknüpft und dual Studierende erwerben schon im Studium ein hohes Maß an Berufserfahrung. Die Idee ist, dass diese Form der Berufsausbildung neue, höherwertige Berufsausbildungen ermöglicht, und somit den Nachfragedruck vermindern kann. Die Entwicklung möglicher Ansätze in der Region wird im Rahmen der Ausbildungsplatzentwicklung geschehen und könnte im Zusammenspiel der beteiligten Kammern und Unternehmen in der Gesprächsrunde zur Ausbildungsplatzsituation präzisiert werden. Diese Frage wird auch in einem weiteren Teil der Bildungsstudie „Hochschulzugang“ stärker konkretisiert werden.

Es gilt auch die Möglichkeiten der regionalen Hochschulen auf deutscher und niederländischer Seite zur Umsetzung dieses Ansatzes zu erfassen. Grundsätzlich müssen die regionalen Hochschulen auf deutscher sowie auf niederländischer Seite stärker in die Entlastung des Ausbildungssystems einbezogen werden. Erfolgreiche Beispiele und Ansätze sind bereits vorhanden. So bietet der Fachbereich Maschinenbau der Fachhochschule Gelsenkirchen Abteilung Bocholt in Zusammenarbeit mit regionalen Unternehmen bereits erfolgreich im Bereich der Mechatronik duale Studienangebote an. Diese Ansätze gilt es, in der Region bekannter zu machen.

### **C Vorhandene Angebote erfolgreicher nutzen**

#### ► Warteschleifen vermindern / verkürzen

Die Berufskolleganrechnungs- und zulassungsverordnung (BKAZVO) bietet seit dem 01.08.2006 die Möglichkeit, vollzeitschulische berufliche Bildungsgänge auf die Ausbildungsdauer anzurechnen bzw. Absolventen vollzeitschulischer beruflicher Bildungsgänge zur Abschlussprüfung der Kammern zuzulassen. In Abstimmung mit den zuständigen Kammern und weiteren Stellen wird ausgelotet, wie weit dieses Instrument zielführend einsetzbar ist. Ziel ist die Verringerung von Warteschleifen bei den Jugendlichen, die Reduzierung der Verweildauer im System der Berufsausbildung sowie die Schaffung von zusätzlichen Angeboten in der Berufsausbildung.

Entsprechende Abstimmungen sind im Konsens auf der regionalen Ebene zu treffen. Die Gewinnung der zur Umsetzung notwendigen Praxisstellen in den Unternehmen kann in die bereits vorhandenen regionalen Umsetzungsprozesse integriert werden. Es ist zu prüfen, ob im Rahmen des Förderprogramms „Jobstarter“ des Bundesministeriums Bildung und Forschung in 2007 Fördermittel zu beantragen sind, um die Partner bei der Gestaltung und Umsetzung möglicher Angebote zu unterstützen.

### **D Warteschleifen reduzieren**

#### ► Klassen für Schüler ohne Ausbildungsverhältnis benötigen eine erhebliche Aufwertung

Die Anteile praktischer Tätigkeiten sollen erhöht werden, um die Motivation und das Selbstbild der SchülerInnen zu erhöhen bzw. zu verbessern.

Die bereits vorhandenen Anstrengungen in den Berufskollegs werden verstärkt und ihre Wirksamkeit eingeschätzt. Die Erfahrungen aus der Umsetzung des Werkstattjahrs sowie der bereits bestehenden schulischen Lösungsansätze in den Berufskollegs sollen zur Verbesserung der Situation und bei der Ausgestaltung der Ansätze genutzt werden.

### **E Ausbildungsfähigkeit der Jugendlichen verbessern**

#### ► Projekt „Betrieb und Schule“

Das Projekt „Betrieb und Schule“ (BUS) richtet sich an Jugendliche, die im letzten Jahr ihrer Schulpflicht sind und aufgrund ihrer bisherigen Leistungen keine Chance auf einen Schulabschluss haben. Angesichts der schwierigen Lage auf dem Arbeits- und dem Lehrstellenmarkt droht diesen Jugendlichen eine folgenschwere Perspektivlosigkeit. Die Jugendlichen in BUS- Lerngruppen gehen pro Woche drei Tage in die Schule und zwei Tage in einen Praktikumsbetrieb des ersten Arbeitsmarktes. Die Schulen werden bei der Umsetzung dieses Angebotes bei Bedarf unterstützt.

- ▶ **Wirtschaftspartner für alle Schulen**  
Die Verbesserung der Kooperation zwischen Schulen und Betrieben ist das Ziel mehrerer landesweiter Initiativen und Projekte, z.B. auch der Stiftung Partner für Schule NRW. Partnerschaften zwischen Schulen und Unternehmen spielen eine wichtige Rolle u.a. bei der Verbesserung der ökonomischen Bildung, für den Fachunterricht an anderen Lernorten, für die Berufswahlorientierung und für das praktische Lernen der Jugendlichen. Die praxisnahe Kooperation zwischen den Schulen und den Unternehmen vermittelt frühzeitig Kontakte zwischen Jugendlichen und den Betrieben, bietet somit Informationen aus erster Hand und gibt den SchülerInnen unmittelbare Rückmeldungen zu den Anforderungen von Betrieben. Die Begleitung und Gestaltung einer kreisweiten Auftaktveranstaltung ist ein möglicher Ansatz zur Intensivierung dieser Partnerschaften.

### **Transparenz**

Zur Kommunikation und zur Dokumentation der Ergebnisse sowie der Umsetzungen ist die Einrichtung eines regionalen Bildungsportals vorgesehen. Es ist zu prüfen, ob das bereits vorhandene Angebot des Netzwerkes AMPEL bzw. des zukünftigen Vereines „Netzwerk Westmünsterland“ diese Aufträge übernehmen kann bzw. die Ausarbeitung in Kooperation geschieht.

### **Weiteres Vorgehen**

Die beschriebenen Handlungsfelder und Ansätze können nur mit Beteiligung der zuständigen und zur Umsetzung notwendigen regionalen Akteure wie Kammern oder Agentur für Arbeit weiter konkretisiert und ihren Möglichkeiten bewertet werden. Daher werden die Ansätze nach der Beratung im Ausschuss am 13.12.2006 in einem Workshop mit regionalen Akteuren und Vertretern des Ausschusses im Februar weiter präzisiert und operationalisiert werden. Die Umsetzung der so definierten einzelnen Projekte erfolgt anschließend auf der Basis der Ergebnisse des Workshops.

## **Bildungsstudie Teil 2: Vorschulische Bildung und Übergang zur Grundschule**

Im Verlauf des Workshops zur Umsetzung der Bildungsstudie im April 2006 sind vier Bereiche identifiziert worden, die bei der Gestaltung des Teiles „Vorschulische Bildung und der Übergang zur Grundschule“ Berücksichtigung finden sollten:

- Wie ist der Stand der Tageseinrichtungen auf ihrem Weg zu „Bildungseinrichtungen“?
- Wie ist der Stand bei der Kooperation mit Grundschulen?
- Wie ist der Stand bei der vorschulischen Sprachförderung?
- Wie ist der Stand bei der Einbeziehung der Eltern?

Im Rahmen der Beauftragung des Institutes EDU-CON ist eine Befragung der Kindertagesstätten und der Grundschulen für das ganze Kreisgebiet vorbereitet worden. Parallel hierzu hat das Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration NRW auf Landesebene begonnen zur Begleitung der angestrebten Weiterentwicklung von Kindertagesstätten zu Familienzentren eine landesweite Studie durchführen zu lassen. Im Kreis Borken nehmen sieben Einrichtungen an der Pilotphase teil. Diese Entwicklung ist bei der Ausgestaltung der Bildungsstudie des Kreises Borken berücksichtigt worden. Überschneidungen oder auch Konkurrenz dieser beiden Studien sind ausgeschlossen.

Die Sichtweise auf Kindertagesstätten als Bildungseinrichtungen hat eine stärkere Berücksichtigung gefunden. Die Fragebögen für die Grundschulen sind mit dem Schulamt des Kreises Borken und die Fragebögen für die Tagesstätten mit der beim Jugendamt gem. SGB VIII eingerichteten Arbeitsgemeinschaft „Tagesbetreuung“ abgestimmt worden. Ziel ist es, eine möglichst breite Unterstützung bei der Umsetzung der Studie zu erhalten.

Aufgrund der beschriebenen Entwicklung hat sich eine Verschiebung des ursprünglichen Zeitplanes ergeben. Der aktualisierte Zeitplan ist nachfolgend dargestellt:

- Dezember 2006: Information an alle Träger und Fachberatungen
- Januar 2007: Versand der Fragebögen an die Einrichtungen
- Zeitrahmen zur Beantwortung durch die Leitungen: drei Wochen
- Februar 2007: Auswertung durch EDU-CON
- März 2007: Präsentation der Ergebnisse im Ausschuss für Schule, Bildung, Kultur und Sport
- April 2007: Präsentation und Diskussion/Bearbeitung der Ergebnisse in einem regionalen Workshop

**Entscheidungsalternative(n):**

Ja                       Nein

Wenn ja, welche ?

**Finanzielle Auswirkungen:**

Der Aufwand von                      Euro ist im laufenden Budget finanziert:  Ja                       Nein

Es entstehen Folgewirkungen, die eine Veränderung des Budgets in Folgejahren verursachen:  Ja                       Nein

Wenn ja, wofür ? – Voraussichtlich in welcher Höhe ?